

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

28.2.1868 (No. 50)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. Februar.

N. 50.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat März der Karlsruher Zeitung.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Febr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 11 enthält: Verordnung des Großh. Finanzministeriums: Die Steuererhebung für die Jahre 1868 und 1869 betreffend. Diefelbe enthält folgende Bestimmungen:

§ 1. Für jedes der beiden Jahre 1868 und 1869 werden zur Bestreitung der allgemeinen Landes- und der besonderen Bezirksbedürfnisse erhoben: 1) an Staatssteuer: a) Grund-, Häuser- und Gefällsteuer, Gewer- und Klassensteuer von 100 fl. Steuerkapital Sechs und zwanzig Kreuzer; b) Besorgersteuer von 100 fl. Waldsteuer-Kapital Sechs Kreuzer; c) Kapitalsteuer von 100 fl. Steuerkapital Neun Kreuzer; 2) zu besonderen Bezirksbedürfnissen: a) Flußbaugeld der beitragspflichtigen Rheintorte von 100 fl. Steuerkapital Vier Kreuzer; b) Flußbaugeld der beitragspflichtigen Orte an Nebenflüssen von 100 fl. Steuerkapital Zwei Kreuzer; c) Dammbau-Beiträge nach den von der zuständigen Behörde genehmigten Anschlägen.

§ 2. Rückständig der Wein- und Biersteuer, sowie der Rückvergütung an solcher gelten die seitherigen Sätze mit den durch die Artikel 12 bis 16 des Finanzgesetzes bestimmten Minderungen.

§ 3. Soweit der Steuereinzug auf den Grund der Befehle vom 18. Nov. v. J. (Reg.-Bl. Nr. 53) und vom 29. Jan. v. J. (Reg.-Bl. Nr. 4) nicht schon erfolgt ist, hat derselbe auf die geordneten Verfalltermine zu geschehen.

§ 4. Die Großh. Steuerdirektion ist mit dem weitem Vollzug beauftragt.

Stuttgart, 26. Febr. Nachdem nun die Zollparlaments-Wahlen bei Ihnen und in Bayern bis auf die engeren und Nachwahlen vorüber sind, dürfte es Sie interessieren, zu erfahren, wie es mit der Sache bei uns steht. Der Tag der Wahl ist noch nicht amtlich bekannt gemacht, und man sieht dieser Bekanntmachung mit Spannung entgegen. Inzwischen sind, seit die Eintheilung der Wahlkreise bekannt gemacht worden, die Parteien nicht müßig geblieben und haben ihre Kandidaten aufgestellt; nur in 5 von den 17 Wahlkreisen weiß man bis jetzt bloß von einem Kandidaten ohne Gegner, der aber zur geeigneten Zeit schon noch zum Vorschein kommen wird. Bis heute scheint mir folgende Liste das Vollständigste zu bieten, was vorhanden: I. Wahlkreis (Tübingen, Wangen, Ravensburg, Leutkirch): Staatsminister v. Neurath (großdeutsch) gegen Fabrikant Springer (national-liberal). II. (Waldsee, Saulgau, Niedlingen, Ehingen und Biberach) Probst (demokratisch-ultramontan) gegen v. Kaula (nat.-lib.). III. (Ulm-Laupheim-Blau-beuren) Prof. Schäffle in Tübingen (großd.) gegen Dr. Pfeiffer in Stuttgart (nat.-lib.). IV. (Wunstingen, Urach, Kirchheim, Nürtingen) Minister v. Barnebüler gegen Fabrikant Otto von Nürtingen (nat.-lib.). V. (Geislingen, Göttingen, Heidenheim, Gmünd) Fabrikant Bares gegen Prof. Römer (nat.-lib.). VI. (Ehingen, Schorndorf, Welzheim) Fabrikant Dettner (demokr.) gegen Rechtskons. Hölder (nat.-lib.). VII. (Neresheim, Aalen, Ellwangen, Heidenheim) Moriz Mohl (großd.), vorerst ohne Gegenkandidat. VIII. (Crailsheim, Gerabronn, Mergentheim) Staats-

rath v. Wittnacht gegen Fürst v. Hohenlohe-Langenburg (nat.-lib.). IX. (Künzelsau, Neckarfulda, Döhringen, Weinsberg) Bankier Kümelin in Heilbronn gegen Graf v. Zepelin in Hohenhausen (nat.-lib.). X. (Heilbronn, Brackenheim, Besigheim) Kaufmann Reibel in Heilbronn gegen Staatsr. Goppelt (nat.-lib.). XI. (Hall, Backnang, Marbach, Waiblingen) Rechtskonsulent Desterlen (Demokrat), vorerst noch ohne Gegenkandidat. XII. (Ludwigsburg, Kannstatt, Waiblingen) Kommerzienrath Keller gegen Rechtskonsulent Neyscher (nat.-lib.). XIII. (Stuttgart, Stadt und Amt) Kaufmann Gustav Müller (nat.-lib.), vorerst noch ohne Gegenkandidat. XIV. (Galm, Neuenbürg, Nagold, Böblingen, Leonberg) Georg Dörtenbach, Bankier, und Otto Elben, Redakteur des „Schwäb. Merck.“ (nat.-lib.). XV. (Reutlingen, Tübingen, Rottenburg, Herrenberg) Obertribunalrath v. Weber, Kammerpräsident (nat.-lib.), vorerst noch ohne Gegenkandidat. XVI. (Gorb, Sulz, Oberndorf, Freudenstadt) Rechtskonsulent Dr. Sarwey in Stuttgart gegen Direktor Werner (nat.-lib.). XVII. (Balingen, Nottwil, Spaichingen, Tübingen) Forstmeister Fischbach (großdeutsch), vorerst noch ohne Gegenkandidat.

Frankfurt, 25. Febr. Gestern Nachmittag ist der Herzog von Nassau (wie schon kurz erwähnt) bei einem Spazierritt um die Promenade mit dem Pferde gestürzt, so zwar, daß er längere Zeit bewußtlos blieb. Vorbeigehende Bürger trugen den Bewußtlosen, an dem man äußerlich keine erheblichen Verletzungen wahrnahm, in ein benachbartes Haus, wo ihm kalte Umschläge auf den Kopf gemacht wurden. Hier fand er die Sprache zwar bald wieder, gelangte aber immer noch nicht zum vollen Bewußtsein. Wie sich der Herzog, der bekanntlich ein vortrefflicher Reiter ist, augenblicklich befindet, konnten wir nicht erfahren.

Hamburg, 25. Febr. In der heute stattgefundenen, von den Vertretern angesehenster Firmen benutzten öffentlichen Versammlung zur Vorbesprechung über die Wahl eines Reichstags-Abgeordneten (an Stelle des zum Senator erwählten G. v. Welle) wurde W. Hinrichsen (in Firma May und Hinrichsen), prononcierter Anhänger der Freihafenpartei, einstimmig als Kandidat aufgestellt.

Berlin, 25. Febr. (Köln. Zig.) Die wichtigste Bestimmung des am 22. Febr., dem 136. Geburtstag Washington's, hier abgeschlossenen amerikanischen Vertrags ist, daß jeder in Amerika naturalisirte Norddeutsche, nachdem er sich fünf Jahre in Amerika aufgehalten, von den Regierungen des Norddeutschen Bundes als amerikanischer Bürger angesehen wird. Ausgenommen sind, die ein Verbrechen vor ihrer Auswanderung begangen haben, und die fahnenflüchtigen Deserteure. Ein in Amerika naturalisierter Norddeutscher, der nach Norddeutschland zurückkehrt ohne die Rechte der amerikanischen Naturalisation verzichtet zu haben, und ein längerer Aufenthalt als zwei Jahre in Norddeutschland kann diese Wirkung haben (welder eine gegenseitige, rechtzeitige Erklärung des Naturalisirten selbstverständlich vorbeugen würde; diese Bestimmung des esprit de retour oder sans esprit de retour ist augenscheinlich dem Art. 17 des Code Napoleon entnommen). Sämtliche Bestimmungen sind gegenseitig und unter denselben Bedingungen auf die in Norddeutschland naturalisirten Amerikaner anwendbar. Der Vertrag wegen Auslieferung der Verbrecher zwischen Preußen und Amerika,

vom 16. Juni 1852, ist durch den gegenwärtigen Vertrag auf sämtliche Staaten des Norddeutschen Bundes ausgedehnt. Der Vertrag ist auf 10 Jahre abgeschlossen. Für die Ratifikation ist eine Frist von 6 Monaten festgesetzt. Diese wird aber wahrscheinlich schon früher, etwa binnen 2 Monaten, stattfinden. Die Zustimmung des amerikanischen Senats und Repräsentantenhauses, die wahrscheinlich eine einstimmige sein wird, unterliegt so wenig einem Zweifel, wie die des norddeutschen Reichstags. Die ersten Besprechungen wegen des Vertrags sollen übrigens in den vorigen Herbst hin-aufreichen. Der Akt wird in allen politischen Kreisen als bedeutungsvoll angesehen und als ein Beweis der guten Beziehungen zwischen dem Norddeutschen Bund und den Vereinigten Staaten.

Berlin, 26. Febr. Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 26. Febr. (Köln. Zig.)

Zunächst wird die Interpellation des Abg. v. Kardorff verlesen; dieselbe lautet: Nach den durch die Tagespresse veröffentlichten Nachrichten hat der König Georg V. — unmittelbar nach der Genehmigung des zwischen ihm und der Krone Preußen abgeschlossenen Vertrages durch den preussischen Landtag — einer Deputation seiner vormaligen hannoverschen Unterthanen eine Empfangsrede gehalten, in welcher die baldige Restauration des Welfenthrones, die baldige Wiederaufrichtung eines freien unabhängigen Welfenreiches in Aussicht gestellt wird. Gleichzeitig mit dieser Nachricht wird allgemein durch die öffentlichen Blätter verbreitet: „daß die Zahl der hannoverschen Deserteure, welche bisher in der Schweiz den Verjuch gemacht hatten, eine hannoversche Legion zu formiren und von dort nach dem Elbe gezogen waren, in Folge maßloser Agitationen, abenteuerlicher Versprechungen und reichlicher Ebnung in stetem Zuwachs begriffen sei.“ Ich erlaube mir, an die königl. Staatsregierung die Anfrage zu stellen, „ob die königl. Staatsregierung bei jenen vorerwähnten provisorischen Aeußerungen und diesen den gegenwärtigen Rechtszustand in Frage stellenden Thatsachen die Absicht hat, dem König Georg V. diejenigen Vortheile zu gewähren, welche aus der durch die Publikation in der Gesesammlung erfolgten Perfektion des Vertrages sich ergeben würden?“ Der Finanzminister erklärt sich zu sofortiger Beantwortung bereit.

Abg. v. Kardorff rechtfertigt seine Interpellation, betonend, die Bewilligung sei erfolgt, weil man die Entlassung Georg's, die Befriedigung der Hannoveraner hoffte, weil man den König für verpflichtet hielt, weil man darin den Abschluß der Kämpfe von 1866 sah, weil Graf Bismarck aus den Verträgen eine Kabinetsfrage machen wollte. Alle diese Ansichten erweisen sich als irrig. Die Welfen-Agitationen seien verdoppelt und verdreifacht, selbst der Kurfürst von Hessen habe gewagt, von seiner Rückkehr auf seinen Thron zu sprechen. Die Hingabe von 16 Millionen sei unentbehrlich ohne Gegenleistung; diese fehle; somit könne die Regierung nicht verantworten, den Vertrag auszuführen. Der Rede des Finanzministers im Herrenhause sei der Hiesinger Spektakel auf dem Fuße gefolgt; im Lande gläube man, Georg habe 16 Millionen empfangen. Der Interpellant wünscht darüber Auskunft zur Beruhigung des Hauses und des Landes.

Der Finanzminister und interimistische Vorsitzende des Staatsministeriums, Frhr. v. d. Heydt, antwortet (nach stenographischer Aufzeichnung): Indem die königl. Regierung mit König Georg das Abkommen vom 29. Sept. 1867 abschloß, hat sie nicht glauben können, damit eine definitive Anerkennung der Ergebnisse des Prager Friedens durch König Georg erlangt zu haben; wohl war sie zu der Voraussetzung berechtigt, daß König Georg mit seiner Unterschrift mindestens die Verpflichtung übernahm, auf die Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen den preussischen Staat zu verzichten.

Ralph, der Gutswalter.

(Fortsetzung aus Nr. 49.)

Kapitel IV.

Der Hochzeittag.

Die Bewohner von Diney waren erstaunt, das trübe, bleiche Gesicht des Gutswalters nicht mehr unter den Schnitten auf den Wiesen von Dudley Carlson zu sehen; aber Dieser sagte ihnen, daß man ihm den Rath gegeben habe, ein kleines Pachtgut in Dudingtonshire anzukaufen, und daß er den Abschluß des Kaufes seinem Verwalter übertragen habe. Ralph, der ein roher, harter Bergesleut war, wurde von Niemandem vernünft, wenn nicht von seinem Herrn, der jede Woche einen Brief mit dem Poststempel Dudingtonshire erhielt und eben so oft nach Diney ritt, um einen Wechsel mit der Adresse von Ralph Burris zur Post zu geben, so daß die Leute, die den Handlungen des jungen Gutsherren aufpassten, die Meinung äußerten, daß das neue Besitzthum im Verhältnis mehr Geld koste, als es eintragen werde.

Aber vor der Ernte verbreitete sich das Gerücht, daß der Besitzer des Grauen Hofes ein Mädchen von Vermögen — was man in Diney nämlich unter Vermögen verstand — heirathen werde. Jenny Trevor besaß 300 Pfd. Sterl. Sie wurde im September mündig und sollte nach der Aussage mehrerer Leute mit Carlson verlobt sein.

Was sie seine Braut? Nein. Sie gestattete ihm, ihr überall hin zu folgen, wie ein treuer Hund seinem Herrn folgt, wies seine Willkür weise von Berehrung nicht zurück und entzog sich nicht seiner Nähe, trotz seiner immer häufiger werdenden Besuche im Pfarrhause.

„Ich kann nichts dafür“, sagte sie eines Tages zu Agnes, „ich weiß jetzt, daß er im Salon ist, obgleich ich ihn weder gesehen noch gehört habe, und es zieht mich gewaltsam, ihn aufzusuchen, obgleich ich es nicht wünsche. Was soll ich thun, Agnes?“

„Kommt mit mir nach Scarborough; du weißt, daß ich morgen da-

hin reise und vor 2-3 Monaten nicht zurückkehre. Wähle Jenny, ob Du mit mir gehst, oder die Gattin dieses Mannes werden willst.“

„Agnes, ich gehe mit Dir.“

Die beiden Mädchen gingen sofort an, ihre Koffer zu packen, und trafen die nötigen Vorbereitungen, um des andern Morgens mit dem Schnellzug nach Scarborough zu fahren. Aber an demselben Abend nahm Dudley Carlson, neben Jenny Trevor in der Fernerische des Wohnzimmers im Pfarrhause sitzend, dieser das Versprechen ab, am Tage ihrer Mündigkeit sein Weib zu werden.

Agnes Marlow fand ihre junge Freundin nach Carlson's Weggang in Thränen und zitternd vor Aufregung. Ihr liebliches Köpfchen lag auf dem Gesims des offenen Fensters und die Cybenranken, mit denen das Fenster umponnen war, vermengten sich mit den langen goldenen Locken.

„Jenny, was ist Dir?“

„Ich muß hier bleiben, Agnes, ich kann nicht mit Dir abreisen.“

„Du bist Herrin Deines Willens, Jenny. Wäge Dir der Himmel gnädig sein, wenn Du vergessen solltest, was ich Dir gesagt habe.“

Das Schließen Jenny's war die einzige Antwort auf ihre Warnung.

Ehe die erste goldene Aehre unter der Sichel gefallen war, hatte Mr. Marlow das junge Paar, Dudley Carlson und Jenny Trevor, in der Kirche zu Diney eingetraget.

Der Hochzeittag war der Tag ihrer Mündigkeit, wie sie es ihrem Verlobten versprochen hatte. Alle Vorbereitungen wurden ganz im Geheimen betrieben, und dem Wünsche Dudley's gemäß hatte man keine Einladung weder an Agnes noch an sonstige Freunde ergehen lassen.

Es war einer jener herrlichen, heißen Tage, wie sie oft zu Anfang des Herbstes vorkommen. Die Herden lagen schlafend in den Wiesen, und der schmale Fluß verfolgte seinen friedlichen Lauf unter den goldenen Strahlen der Nachmittagssonne. Die Getreidefelder leuchteten von Streifen von Purpur und Scharlach, die gelbe Aehre bewegte sich kaum auf ihrem Stengel, so ruhig war die Luft. Die Neuwermähte war entzündend schön in dem weissen, mit Spitzen besetzten Musseline, der sie

wie eine leichte Wolke umfloß, und mit den reichen Locken ihres üppi-gen Haares, die wie Gold in der Sonne schimmerten.

„Ein schönes Paar“, sagten die Bauern, die sich um die Kirche grup-pirt hatten.

Jedermann schien froh zu sein. Selbst der junge Ehemann hatte seine ernste Zurückhaltung verloren und ein Blick von Triumph und Stolz leuchtete in seinem blauen Auge. Ein einziger düsterer Vorfall warf einen Schatten auf den Schluß der Feierlichkeit. In dem Moment nämlich, wo Dudley Carlson den Altar verließ, um seine junge Gattin in die Sakristei zu führen, fand er sich gerade einer glänzenden weißen Marmorstatue gegenüber, die so kurz erst an der Mauer angebracht worden, daß der Marmor noch feucht war und die Werkzeuge des Arbeiters noch da und dort am Boden lagen.

Dem Andenken von Martin Carlson

Gestorben den 24. September 1849

Gewidmet von seinem untröstlichen Bruder

Dudley Carlson.

Der Steinbauer im Dorfe hatte schon vor einem Jahre den Auftrag erhalten, diesen Stein zu setzen, hatte aber, nachlässig und faul wie er war, die Arbeit erst am Vorabend der Trauung vollendet.

Als die Hochzeitsgäste in das Pfarrhaus zurückkamen, fanden sie eine Postkassette vor der Eingangstür.

„Sollte Agnes zurückgekehrt sein?“ sagte Herr Marlow.

Hätte das Gesicht Dudley's bei diesen Worten noch blässer werden können, als es beim Anblick der Marmorstatue geworden war, so wäre es in diesem Augenblick geschehen.

„Jenny“, sagte er, die kleine Hand, welche auf seinem Arm ruhte, erfassend, „Agnes ist geisteskrank, höre nichts an, was sie Dir sagen will, denke an meine Warnung.“

„Dudley, was weißt Du damit sagen?“

„Guter Gott! Was weiß ich, was sie Dir sagen kann! Glaubst Du, ich habe ihre Abneigung gegen mich nicht bemerkt?“ (Fortsetzung folgt.)

Es konnte unmöglich Absicht der Kontrahenten sein, daß der preussische Staat dem König Georg Mittel zu feindlichen Handlungen gegen Preußen zur Disposition stelle (Beifall); wenn dennoch bald nach Abschluß des Vertrags durch Verstärkung der von Hiesing ausgehenden Agitationen die Vermuthung gerechtfertigt wurde, daß König Georg sich von jener Voraussehung loszusagen beabsichtigte, so hat die königl. Regierung sich doch dadurch nicht betreten lassen, in dem Bestreben behufs vereinigtiger Verständigung mit König Georg, oder dessen Erben, für ein friedliches Abkommen, durch die gefesselt bedungenen Mittel in der Zustimmung beider Häuser des Landtags die gelegentlich feststehende Grundlage zu gewinnen. Dessen ungeachtet sind von Seiten des Königs Georg die Feindseligkeiten, so viel in seiner Macht stand, nicht eingestellt worden. (Hört, hört!)

Derselbe hat namentlich nicht unterlassen, aus preussischen Unterthanen, welche durch seine Agenten angeworben und zum Theil zur Defektion veranlaßt wurden (Hört!), Truppenkörper zu bilden, unter der ausgesprochenen Absicht, dieselben bei nächster günstiger Gelegenheit zu feindlichen Handlungen gegen Preußen, behufs Eroberung einer Provinz des Staats, zu verwenden, militärisch organisiert, mit Offizieren und Unteroffizieren für künftigen Dienst versehen und zum Krieg gegen ihr eigenes Vaterland militärisch einüben lassen. (Hört, hört!)

Der dienstliche und Geldverkehr zwischen diesem Truppenheil und der beim König Georg in Hiesing befindlichen Dienerschaft ist amtlich festgestellt. (Hört!) König Georg persönlich hat in seinen öffentlichen und zur Notorität gelangten Aeußerungen sich zu den Bestrebungen gegen den preussischen Staat, welche diesem Treiben zu Grund liegen, bekannt, und zur Fortsetzung derselben aufgemunter. Diefem Verfahren, soweit sie es vermag, ein Ziel zu setzen, eventuell ihrerseits in seiner Weisheit Vorkehrung zu leisten, erachtet die königl. Regierung als eine gebieterische Pflicht (lebhaftes Bravo), welche ihr der Ruhe des Landes und dem Frieden Europa's gegenüber obliegt.

In diesem Sinn hat sie bereits — und schon vor den jüngsten Hiesinger Vorgängen — versucht, durch Einwirkung befreundeter und verwandter Höfe den König Georg zu dem Verhalten zu vermögen, welches nach Treue und Glauben den Voraussetzungen entspricht, unter denen allein die Unterzeichnung des Vertrags vom 29. Sept. möglich war. Die zu diesem Zweck erbetene Einwirkung ist der königl. Regierung bereitwilligst zugesagt worden, und glaubt dieselbe jenen Höfen die Rücksicht zu schulden, daß sie das Ergebniß ihrer Bemühungen abwartet.

Sollte auf diesem Weg die Bürgschaft, deren die königl. Regierung nach der bisherigen Erfahrung für das Innehalten des Vertrags bedarf, nicht rechtzeitig gewonnen werden, so wird sich die Regierung lediglich von den Pflichten leiten lassen, welche ihre Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Staatsgebiets und für die Ruhe der Bewohner desselben ihr auferlegt. (Bravo!) Der Landtag wird zweifellos die Rücksichten wähligen, welche die Regierung abhalten, gegen den König Georg persönlich dasjenige Rechtsverfahren einzuleiten, welches nach den bestehenden Landesgesetzen die Beschlagnahme seines Vermögens zur unmittelbaren Folge haben würde. (Sensation.)

Die Regierung wird in diesem Fall vorziehen, den Geheißungsversuch zu betreiben, um das Gesamtvermögen des Königs Georg für die Kosten der Ueberwachung und Abwehr, sowie aller Konsequenzen des staatsgefährlichen Unternehmens dieses Fürsten und seiner Agenten hafter zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der dazu in Aussicht genommene Moment eintritt und der Landtag der Monarchie noch versammelt ist, so beabsichtigt die Regierung, demselben zu diesem Behuf die entsprechende Vorlage zu machen. Sollte der Schluß der jetzigen Session vor dem geeigneten Zeitpunkt eintreten, so gibt sich die Regierung der Hoffnung hin, daß die Anordnungen, welche sie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit treffen wird, bei dem nächsten Zusammentritt des Landtags dessen Genehmigung finden werden. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die Debatte über die Spielbanken in Gomburg, Gms und Wiesbaden. Referent Böllcher beantragt die Annahme der Regierungsvorlage, Korreferent Lesse die Ablehnung. Der Regierungskommissar Wohler spricht für, der Abg. Lascker gegen die Vorlage. An der Debatte theilnehmend ist der Minister des Innern für die Verträge, der Abg. Benda für sein Amendement; ferner treten die Abgg. Birchow und v. Patow. Damit schließt die allgemeine Verhandlung. Abg. Benda zieht seinen Antrag zurück. Zur Spezialdebatte sprechen die Abgg. Kraß, Grumbrecht, der Minister des Innern. Der Abg. Böllcher beantragt ein Spielverbot an Sonn- und Festtagen, der Abg. Lascker den sofortigen Schluß der Spielbanken.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Lascker's mit 169 gegen 152 Stimmen abgelehnt, der Antrag Wöhlendorfs (Schluß 1868) bei Zählung mit 156 gegen 148 Stimmen abgelehnt, und darauf bei Namensaufruf mit 153 Stimmen gegen 151 nochmals abgelehnt, schließlich die Regierungsvorlage mit dem Amendement, das Spielverbot an Sonn- und Festtagen, angenommen.

Berlin, 26. Febr. Der „Provinzial-Korresp.“ zufolge wird der Schluß der Session durch den König voraussichtlich zum Samstag, die Berufung des Zollparlaments in der zweiten Hälfte März, etwa zum 20., erfolgen. Die älteren Provinzial-Landtage (ausgenommen der polnische) werden voraussichtlich Mitte März zusammentreten.

Berlin, 26. Febr. Mehrere Blätter melden, der preussische Gesandte in Wien habe wegen der Vorgänge in Hiesing neue Instruktionen erhalten, wonach die diesseitige Regierung für die Zukunft Bürgschaften gegen ähnliche Unzulänglichkeiten verlange. Wie uns versichert wird, ist diese ganze Mittheilung unrichtig. Man fügt hinzu, daß ein solches Verlangen um so weniger angezeigt erscheine, als es für selbstverständlich gelte, daß gegen die Wiederkehr derartiger Vorkommnisse eine geeignete Remedur eintrete. Damit dürfte denn diese Angelegenheit zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinett ihre Erledigung gefunden haben. — Der Grund, weshalb bei den neulichen Verhandlungen mit Belgien der förmliche Abschluß eines Postvertrags noch nicht erfolgt ist, liegt hauptsächlich in den Schwierigkeiten der Transitfrage. Ueber den Transit des norddeutschen Postverkehrs durch Belgien wird jetzt im Korrespondenzweg weiter verhandelt. — Dem Vernehmen nach ist es die Absicht der französischen Regierung, den Eingangszoll für Pferde herabzusetzen. Der jetzige Zoll für ein ausgewachsenes Pferd beträgt 25 Fr., derjenige für ein Fohlen 15 Fr. Beide Zollsätze sollen auf 5 Fr. ermäßigt werden. Von Seiten der Regierung sind die landwirthsch. Kreise Frankreichs zu gutachtlichen Aeußerungen über solche Import-

erleichterung aufgefordert worden. Wie verlautet, entsprechen die Gutachten den Erwartungen der Regierung nicht. Die Landwirthe wünschen überwiegend die Beibehaltung des jetzigen Schutzzolles.

Berlin, 26. Febr. Der Abschluß der handelspolitischen Verhandlung mit Desterreich steht nahe bevor, wird aber in dieser Woche wahrscheinlich noch nicht erfolgen. Der Vertrag wird möglicher Weise vor der Unterzeichnung dem Zoll-Bundesrath vorgelegt, dort aber voraussichtlich nur eine kurze Berathung veranlassen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. Febr. Die „Wien Abendpost“ ist gegenüber den Auslassungen der preussischen Presse in der Lage, mit Befriedigung zu konstatieren, daß die zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin anlässlich der Hiesinger Vorgänge so eben stattgefundenen Besprechungen weder in der Sache noch in der Form mit der Art, wie die Presse den Gegenstand behandelt, übereinstimmen, sondern durchaus im Geiste gegenseitiger Achtung und Billigkeit erfolgten.

Wien, 26. Febr. Wie die heutige Abendausgabe des „Fremdenblattes“ meldet, verordnet eine kaiserl. Entschliessung vom 18. Februar, daß mit Ende März namhafte Reduzierungen bei allen Truppengattungen eintreten sollen. — Der „N. Fr. Presse“ zufolge wird die Session des Reichsraths am 6. April geschlossen werden.

Rumänien.

Bukarest, 26. Febr. Gegenüber dem Tadelvotum des Senats beschloß die Deputirtenkammer mit 91 gegen 32 Stimmen, dem Ministerium ein Vertrauensvotum zu erteilen und dasselbe ihrer wirksamen Unterstützung zu versichern.

Schweiz.

Bern, 23. Febr. (Schw. M.) Gegenwärtig wird in der Schweiz Alles gethan, um die Arme nicht nur gut zu bewaffnen, sondern auch zweckmäßig zu kleiden. Von dem Militär-Ansler-Gewehr wird nach neuesten Versuchen erklärt, daß es vollkommen befriedigend; von dem Bettele-Gewehr, daß es alle Erwartungen der Schützen übertrifft. Ob Hut oder Mütze als Militärkopfbekleidung angenommen werden wird, ist noch zweifelhaft. Die Stimmen der am 20. d. M. hier zusammengetretenen Expertenkommission sind getheilt. — Nach dem Bericht der Finanzverwaltung schließt das Jahr 1867 ohne Defizit. — In Bern wird nächstens der Große Rath des Kantons zusammentreten. Es liegen demselben mehrere wichtige Gesetzentwürfe zur Berathung vor. Ohne Zweifel wird das Verbot der Ertheilung von Primarunterricht durch Angehörige religiöser Orden noch einmal einige jurassische Ultramontane zu fanatischen Reden entflammen, aber die große Mehrheit wird sich entscheiden dahin aussprechen, daß diejenigen, welche sich nicht den Anordnungen der weltlichen Behörden unbedingt fügen, von der Befugniß, Unterricht in den Staatschulen zu erteilen, ausgeschlossen werden sollen. Eine Revision der Zivilgesetzgebung und namentlich eine bessere Organisation des Hypothekendarleths soll an die Hand genommen werden. Das projektirte Gesetz über die Brandversichererenerien berührt eine im Kanton in der letzten Zeit äußerst lebhaft diskutierte Frage. Entgegen dem Antrag der Regierung wird das Verbot des Erdäpfelbrennens mit Entschiedenheit befürwortet, ohne voraussichtlich durchzuführen. In Betreff der Juragewässer-Korrektion, an der Bern am meisten interessiert, steht Alles jetzt so günstig, daß die mit Unterstützung der Eigenschaft auszuführenden Arbeiten nächstens in Angriff genommen werden können. — In Neuenburg hat sich eine sogenannte demokratisch-soziale Partei gebildet, welche Verfassungsrevision anstrebt und u. A. folgende Programmpunkte aufstellt: Dezentralisirung der Staatsgewalt, bloß 5 Staatsräthe, Wahl der Präfecten durch's Volk, Abstimmung des Volkes über die Gesetze, Umgestaltung der Gerichtsordnung, direkte Wahl der Richter u. s. w. Größere Entwicklung der Volksintelligenz ist eine der nothwendigen Konsequenzen, die bei dergleichen Programmen mit aufgenommen werden müssen, auch wenn, wie in Neuenburg, es mit der Volksbildung nach gegenwärtigen Begriffen nicht gerade schlecht bestellt ist.

Bern, 26. Febr. (Bund.) Nachdem von Seite der Regierung des Kantons Thurgau die offizielle Mittheilung der vom dortigen Großen Rathe am 11. v. M. gefaßten Beschlüsse, betreffend die Bahnlinie Romanshorn-Konstanz und deren Anschluß an die badiischen Bahnen, erfolgt ist, hat der Bundesrath beschloffen, bei der Großbadi'schen Regierung die Anbahnung der Unterhandlungen über eine Regelung der Anschlußverhältnisse zu beantragen.

Italien.

Florenz, 26. Febr. Der Direktor der Darmstädter Bank, Hr. Wendelstadt, überreichte der Regierung eine vom preussischen Gesandten Grafen Uleborn unterstützte Denkschrift, um die Zinszahlung Livornesischer Obligationen in Silber herbeizuführen.

Rom, 25. Febr. Der „Offerbat. Rom.“ sagt, er sei beauftragt, etwaige Käufer von neapolitanischen Domänen gütern darauf hinzuweisen, daß der König Franz II. bereits 1861 und 1862 gegen den Verkauf derselben protestirt habe. Der Karneval ist in völliger Ruhe verlaufen.

Frankreich.

Paris, 26. Febr. Bekanntlich wurde es am Schluß der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers dem Hrn. Havin durch das Lärmen der Majorität und das dem entsprechenden Einschreiten des Präsidenten David unmöglich gemacht, das Urtheil des Schiedsgerichts in der Kervégien-Havin-Gueroult'schen Sache vorzulesen. Darauf folgte ein gewaltiger Standaal. Die Linke und die Zuhörer — schreibt man der „Köln. Ztg.“ — waren außer sich. Was die Majoritätsmitglieder anbelangt, die sich in der Mitte des Saales befanden und über die plötzlich die ganze Wuth der Linken

und des Publikums hereinbrach, so erlebten dieselben sichtlich, und als unter den vielen Rufen, die von allen Seiten ertönt, auch das „Vive la république!“ und: „Nous sommes au 24 février; ne l'oubliez pas!“ laut wurde, verstummt die Majoritätsmitglieder, die bis dahin mit: „Allons donc! Taisez-vous!“ u. dgl. geantwortet hatten, und machten sich, augenscheinlich von panischem Schrecken ergriffen, aus dem Staube. Die ganze Scene hatte übrigens auch einen eigenthümlichen Charakter. Das Wuthgeheul im Saal, die Rufe auf den Straßen: „Vive l'opposition!“, das scharfe Aussehen der die Flucht ergreifenden Mitglieder, dazwischen das Gewirbel der Trommeln, die das Ende der Sitzung anzeigten, und das Halbdunkel im Saal, als das Gas ausgelöscht worden war — Alles dieses erinnerte lebhaft an das Eindringen der Februar-Injurgenten in die Deputirtenkammer der Juli-Monarchie, das gerade Jahr und Tag vor zwanzig Jahren stattgefunden. Auf dem Quai, der vor der Kammer liegt, auf der Konfordia-Brücke und dem Konfordia-Platz ging es, als die Deputirten endlich den Saal verlassen hatten, fast noch toller zu, als in dem Innern desselben. Kaum wurde die Menge, die bedeutend angeschwollen war, der Deputirten der Linken ansichtig, als von allen Seiten Hochrufe auf sie ertönt. Man schrie: „Vive la gauche! Vive l'opposition! Vive les députés de Paris!“ (sic gehören bekanntlich mit Ausnahme des übergetretenen Darimon alle der Opposition an), und dazwischen ertönten formidable: „A bas les académies!“ und dergleichen mehr. Ein Theil der Menge begab sich dann nach dem „Cercle Impérial“ und dem Marineministerium, die auf der andern Seite des Konfordia-Platzes liegen, um dort die Rufe: „Es lebe die Linke! Nieder mit der Majorität und den Aristokraten!“ ertönen zu lassen. Bis jetzt hört man nicht, daß es zu Verhaftungen gekommen. Uebrigens war keine Polizei anwesend, da man die ganze Polizeimacht für die fetten Dshen aufgeboden hatte.

Paris, 26. Febr. In seiner politischen Wochenschau bemerkt der kleine „Moniteur“ u. A., daß die Paschagenlegung in Bezug auf die mit österreichischen Legitimationen nach Frankreich gekommenen Hannoveraner nunmehr durch den Artikel der „Wien. Ztg.“ und die Erklärungen des Hrn. v. Beust erledigt sei. Letzterer habe namentlich die Gefühle der Eintracht und Mäßigung hervorgehoben, welche die österreichische Regierung bei jeder Gelegenheit in ihren Beziehungen mit Preußen kundgegeben wolle. — In Leheran hat der Schah von Persien den ersten Spatenstich für die Anlage der Befestigungen gethan, mit denen seine Haupt- und Residenzstadt umgeben werden soll. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine spezifisch haushälterisch gefärbte Rede. 2000 Mann, worunter 1000 Soldaten, arbeiten unter der Leitung eines Franzosen, des Generals Bühler, an diesen Werken, die in zwei Jahren vollendet sein sollen.

Das „Journ. de Paris“ meldet, daß die Prinzen Luipold und Albalbert von Bayern sich zu ihrem Vater, dem König Ludwig I., nach Nizza begeben haben. Der Zustand des greisen Königs soll sehr bedenklich sein. — Demselben Blatt zufolge ließe die Aufnahme, welche die Expedition in Abyssinien folgenden preussischen und italienischen Offiziere bei dem englischen Generalstab finden, sehr Vieles zu wünschen übrig. Es werden ihnen, wie es scheint, allerhand Schwierigkeiten gemacht. Der „Constitutionnel“ bringt günstige Nachrichten über den in Algerien herrschenden Nothstand. Wie es scheint, war derselbe in Maroffo und Tunis noch weit stärker, als in dem französischen Afrika, geht jedoch glücklicher Weise jetzt allgemein seinem Ende entgegen. Dank dem eingetretenen Regen wächst das Gras wieder. Die Heerden bilden sich wieder und liefern durch die Milch ein wesentliches Nahrungsmittel. Auch bietet die nächste Ernte die günstigsten Aussichten dar, wobei nicht übersehen werden darf, daß diese Ernte in Nordafrika gewöhnlich um zwei volle Monate früher eintritt, als in Frankreich. — Rente 69.37 1/2, Cred. mob. 230, ital. Anl. 45.90.

Niederlande.

Haag, 25. Febr. Die Session der Generalstaaten wurde heute durch den Minister des Innern im Auftrag des Königs eröffnet. Die Rede, welche der Minister verlas, bezeichnete den gegenwärtigen Augenblick als bedeutsam für die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten und drückte die Hoffnung aus, daß diese letzteren für das Vaterland fruchtbringend sein werden. Die Regierung trete voll Vertrauen vor die Kammer, um dieses Ziel mit erreichen zu helfen. Die vorige Zweite Kammer habe in einer schwierigen und glücklicher Weise der Bergangenheit angehörenden Epoche die Amtsführung der Regierung in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten mit einer geringen Majorität gemißbilligt. Die Rätthe der Krone wären jedoch von der innersten Ueberzeugung durchdrungen gewesen, daß diese Amtsführung im Interesse des Landes gewesen sei.

Wir stehen jetzt — schließt die Rede — vor einer neuen Kammer, in welcher ein Fünftel der Mitglieder neu gewählt sind. Der Regierung und den Volkvertretern ist die Aufgabe vorbehalten, die Eintracht zwischen den Staatsgewalten aufrecht zu erhalten. Ihre Mitwirkung wird für mehrere Vorlagen in Anspruch genommen werden, deren Zweckmäßigkeit bereits wiederholt dargelegt ist. Mit dem Beistand der Kammer wird die Session gute Früchte tragen können. Welches aber auch das Resultat Ihrer Beratungen sein möge, lassen Sie uns zweierlei immer im Auge behalten: die Liebe zum König und die gewissenhafte Sorgfalt für die Interessen des treuen niederländischen Volkes.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 26. Febr. Das „Journ. de St. Petersburg“ wendet sich gegen die französische Presse und konstatiert bei gewissen Organen derselben eine agitatorische Tendenz gegen Rußland, deren praktische Bedeutung noch unbekannt, deren Existenz aber unbefreitbar sei.

Warschau, 26. Febr. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Grafen Josef v. Zamoysti und Wladislaw v. Branicki lediglich in Angelegenheit ihrer Majoratsbesitzungen, und Graf

Sigmund v. Wielopolski, der die Funktionen eines kaiserl. Stallmeisters bekleidet, in amtlicher Angelegenheit nach St. Petersburg gereist sind. Dem Gerichte von beabsichtigten Konzeptionen für das Königreich Polen ist dadurch seine Hauptgrundlage entzogen. — Die katholischen Konfessionen haben neuerdings im Königreich Polen auf Veranlassung der russischen Behörde die ihnen untergebene Pfarreigenschaft angewiesen, die russischen Hofeste erster Klasse, wie Geburts- und Namenstage des Kaisers und der Kaiserin u. s. w., gleich den christlichen Feiertagen, des Sonntags vorher von den Kanzeln zu verkündigen und die Gemeinden über die Bedeutung derselben zu belehren.

Großbritannien.

* London, 25. Febr. Sitzung des Unterhauses vom 24. Febr.

Kapitän Radcliff fragt an, ob es wahr sei, daß Commodore Wiseman vor einigen Monaten von der Admiralität angewiesen worden sei, bei der Reorganisation der türkischen Flotte beihilflich zu sein, daß diese seine Anstellung aber später zurückgenommen und Kapitän Hobart mit ihr betraut worden sei. — Lord Stanley erhebt darüber folgende Auskunft: „Im Mai 1867 hatte die türkische Regierung den Wunsch ausgesprochen, daß ein hochgestellter britischer Flottenoffizier dem neu ernannten türkischen Admiralitätsamt zugeteilt werde. Wir hatten im Prinzip dagegen Nichts einzuwenden, und so wurde Sir William Wiseman von der Admiralität für diesen Posten ernannt; doch hielten wir es für redlich, daß seine Anstellung bis nach Schluß des freisihen Krieges in suspensio bleibe. Als im vorigen Dezember dem unwürdigen Amt die Mittheilung zugeing, daß Kapitän Hobart im Begriff stehe, in türkische Dienste zu treten, wurde ihm von unserer Admiralität mitgetheilt, daß ihm nicht gestattet werden könne, im englischen Dienst zu bleiben, wenn er ohne Genehmigung der Regierung in türkischen Staatsdienst trete. Daraufhin kam bald darnach von ihm die Rückantwort, daß er einen Posten bei der türkischen Admiralität wirklich angenommen habe und sein englisches Offizierspatent zurücklege. Seine Resignation wurde angenommen, von meiner Seite aber der türkischen Regierung über diese Angelegenheit weiter keine Mittheilung gemacht. Ich erlaube mir hierzu noch die Bemerkung, daß es sich hier um eine Zivilanstellung handelt, und daß Kapitän Hobart durch deren Annahme das englische Gesetz in keiner Weise verletzt hat.“

London, 26. Febr. Die Morgenblätter sprechen ihre Zufriedenheit mit der Ernennung Disraeli's zum Premierminister aus. Die „Times“ erachtet den Fortbestand des Torykabinet's für das laufende Jahr gesichert. Die „Daily News“ versichert, das Flottenbudget werde bedeutend reduziert werden, was anderen weniger günstigen Nachrichten widerspricht.

London, 26. Febr. Sir S. Northcote erhielt folgende Depesche von Sir M. Napier vom 6. Febr.: „Mein Abgesandter, Major Grant, wurde von Kassai (dem Fürsten von Tigris) gut aufgenommen. Kassai empfing meine Briefe und Geschenke in offener Versammlung von 2000 Personen. Eine Privataudienz fand nicht statt. Kassai's Umgebung scheint uns gewogen zu sein; überall wurde die Gefandtschaft auf's herzlichste begrüßt. Verwundungen sind nicht zu besorgen.“

Amerika.

* New-York, 15. Febr. Zugleich mit dem Kommando des neuen jenen Atlantischen Kommandobezirks hat der Präsident dem bisherigen Generalleutnant Sherman den vollen Generalsrang verliehen; doch hat, wie es heißt, die also Beförderung dem Senat den Wunsch ausgedrückt, nicht befristet zu werden. (Jedenfalls ein seltenes Vorkommniß bei militärischen Beförderungen.)

Die beiden von Johnson und Seward zur Vertheidigung der in England gefangenen amerikanischen Fenier bestimmten Advokaten, O'Connor und Brady, gehören unter die Koryphäen ihres Standes in der Union. O'Connor gilt als der klarste und gründlichste Jurist in den Vereinigten Staaten (er ist Hauptvertheidiger Jefferson Davis'), und Brady genießt ebenfalls einen nationalen Ruf wegen seiner Beredsamkeit und seiner Gewandtheit in Kriminalfällen. Wie die beiden Herren ihre Talente übrigens in England verwerthen sollen, da sie als Ausländer dort nicht plaidiren können, bleibt abzuwarten. — Eine Resolution, die im Repräsentantenhaus aufgebracht wurde, fordert eine Steuer von 2 Proz. auf Bonds.

Washington, 25. Febr. Thaddeus Stevens und Kingham sind vom Kongreß als die beiden Mitglieder ernannt, welche die formelle Begründung der Anklage Johnson's vor dem Senat zu vertreten haben. Johnson ist heute vor die Schranken des Senats geladen. Derselbe ordnete die Konstituierung eines besondern Komitee's zur Behandlung des Gegenstandes an.

Savannah, 14. Febr. Die Revolution auf Hayti ist allgemein. Die bedeutendsten Städte waffnen gegen Salnave. General Soloman wurde zum Präsidenten proklamirt.

Baden.

Mannheim, 25. Febr. (Sch. M.) Im benachbarten Ladenburg sind durch zufällige Ausgrabungen wieder mehrere römische Alterthümer aus dem 3. oder 4. Jahrhundert zu Tage gekommen, freilich meist nur Bruchstücke, die auf gewaltthätige Zerstörung schließen lassen. Interessant ist eine Wasserleitung, die vom Neckar zu einem in den sog. „Lustgärten“ befindlichen Hypocaustum führte. Sie ruhte auf einer Lage von Träg 6 bis 8 Fuß mächtig, hatte gemauerte Seitenwände und einen Fußboden, der von hochgeränderten Ziegelpfatten gebildet war.

Vermischte Nachrichten.

— Nachrichten der „Allg. Ztg.“ aus Rizza, 26. d., zufolge hat König Ludwig I. von Bayern die Sterbikramente empfangen. Sein Zustand ist sehr besorgniserregend; die früheren Delirien waren übrigens nicht wiedergekehrt.

— München, 25. Febr. Frau Sophie Schröder, die große Schauspielerin, ist heute gestorben; sie erreichte ein Alter von 87 Jahren.

— München, 26. Febr. (Müch. Korr.) Der Finanzausschuß hat das Wittwengehalt der Königin Marie mit 30,000 Gulden in's Budget eingestellt und den Staatsraths-Gat und Landtags-Gat herabgemindert, letztern wegen beabsichtigter Herabsetzung der Reisegebühren.

— Wiesbaden, 25. Febr. Der „Mh. Kur.“ bringt bezüglich der in jüngerer Zeit über den Stand der Spielbankfrage umlaufenden Gerüchte folgende Verichtigungen: „Es ist unwar, daß die hiesige Gesellschaft dem Stadtrath von Genf Anerbietungen gemacht habe, um dort die Konzeption zur Etablierung einer Spielbank zu erwirken. Es ist ebenso unwar, daß die hiesige Bank sich bereit erklärt habe, 800,000 Thlr. zur Bildung eines Kurfonds für Homburg zu zahlen, wenn ihr erlaubt würde, das Spiel in Homburg 5 Jahre fortzusetzen. Das Letztere wäre schon deswegen nicht möglich, weil in Homburg alle Lokalitäten der dortigen Bank Eigentum der Homburger Spielbank-Aktiengesellschaft sind. Auch würde der Staat sich nicht dazu herbeilassen, einer Bank die Konzeption zu nehmen, um eine andere an deren Stelle zu setzen, was natürlich nur zur Entschädigungsklage von Seiten der depossedirten Bank führen könnte. Einige Mitglieder der von der hiesigen Bank beabsichtigten Unterhandlungen mit der Regierung niedergesetzten Kommission sind allerdings der Ansicht, daß die Wiesbadener Spielbank-Gesellschaft auch die 800,000 Thlr. für Homburg zahlen könne, wenn man ihr gestatten würde, für die noch laufenden Jahre ihrer Konzeptionsfortdauer in Wiesbaden auch in den Wintermonaten das Spiel fortzusetzen. Hierüber ist indessen noch gar nicht förmlich verhandelt worden, da die Kommission selbst dazu erst einer Vollmacht von Seiten der Generalversammlung der Aktionäre bedürfte und die unmittelbare Veranlassung zu solchen Verhandlungen bis jetzt nicht vorliegt. Uebrigens widerhehlen wir anderweitigen falschen Zeitungsmittheilungen gegenüber, daß der zwischen der hiesigen Bank und der Regierung abgeschlossene Vertrag bereits am 17. d. M. ratifizirt worden ist.“

— Bonn, 26. Febr. (Köln. Ztg.) Am Sonntag Nachmittag nach 5 Uhr geriet ein Trupp maskirtes Korpsstudenten, welcher mit einem sogenannten „Gänsemarsch“ über den Markt zog, mit mehreren gemeinen Hülaren in ein Handgemenge, bei welcher Gelegenheit mehrere Säbelverwundungen vorkamen. Namentlich wurde ein Student aus Kiel am Auge erheblich verletzt, während ein anderer, aus Köln, eine an sich ungesährliche Verwundung am Ohr erhielt. Ein eigenthümliches Spiel des Zufalls hat es gewollt, daß die beiden Verwundeten einjährig-freiwillige Königsgejuren sind. — Dr. A. v. Passauer hat sich in der philosophischen Fakultät der Universität habilitirt.

— Dresden, 24. Febr. Das „Dresd. Journ.“ berichtet: „Die von einer hiesigen Zeitung gebrachte Notiz, daß Hr. Niemann die Konventionstrafe von 4000 Thlrn. am vorigen Samstag hier eingezahlt habe, sowie daß derselbe gleichzeitig von jeder Wirksamkeit auf der Dresdener Hofbühne für alle Zeiten entbunden worden sei, scheint auf einem Irrthum zu beruhen. Wenigstens hat man an kompetenter Stelle, wo wir dieserhalb Erkundigung eingegeben, von der Ankunft der genannten Summe von 4000 Thlrn. keine Kenntniß, vielmehr wird der Erlegung derselben, als der unwiderrücklichen kontraktlichen Strafe des Hrn. Niemann, Seitens der k. Generaldirektion immer noch entgegen gesehen.“

— Am 25. d. starb in Berlin in seinem 83. Lebensjahr der königl. Historiograph Prof. Dr. Preuß, bis zuletzt thätig auf literarischem Gebiet.

— In Hermannstadt schlug am 16. d. der Blitz während eines außerordentlichen Schneesturmes dreimal in den evangelischen Glockenturm in Zwischenräumen von wenig Sekunden ein. Jeder dieser Strahlen fing sich in der auf dem Thurm befindlichen, mit dem Rathhaus in Verbindung stehenden elektrischen Telegraphenleitung, glitt an dieser Leitung theils in die bei der Kirche angebrachte Endleitung, theils zum elektrischen Signalapparat in's städtische Rathhaus, hinaus. Beide Apparate, der auf dem Thurm wie jener im Rathhaus wurden beschädigt, an mehreren Stellen die Leitungsdrähte abgeschmolzen und unbrauchbar gemacht. Von außen gleich der an dem Draht herabgleitende Strahl einer funkenprägenden Feuerkugel, welche die ganze Gegend momentan beleuchtete.

— Bern, 20. Febr. Die Herabsetzung der internen Telegraphenpacht hat seitdem im ersten Monat 1868 die überraschende Wirkung gehabt, daß die Zahl der internen Telegramme von 50,513 im Januar 1867 auf 86,461 im Januar 1868 gestiegen ist und somit eine Verdoppelung für das ganze Jahr mit Sicherheit angenommen werden kann.

— Der alte Kubler besitz bei sich — in vollkommener Ordnung und schön gebunden — sämtliche autographische Handschriften seiner Partituren, von seinem ersten Werke, „Das Solodatenleben“ (Le séjour militaire), bis zu seinem letzten, „Der erste Tag des Glücks“ (Le premier jour de bonheur). Wenn er mit einem Herausgeber in Verhandlung über die Veröffentlichung einer neuen Oper tritt, so ist stets seine erste Bedingung, die vor allen Geldfragen gestellt wird, daß man ihm sein Manuskript zurückgeben werde, sobald die Partitur gestochen ist.

— Der Romanschriftsteller Lord Bulwer Lytton ist in Paris von einem englischen Arzt, Dr. Turnbull, von der Schwere der Krankheit, an der er lange Jahre gelitten, geheilt worden.

* London, 25. Febr. Bei dem großen Aufsehen, das hier durch das spurlose Verschwinden mehrerer Personen aus den besseren Ständen hervorgerufen, durch hundert schreckliche Konjekturen vermehrt und durch düstere Leitartikelphantasien noch gesteigert und noch erhalten wurde, waren die Bewohner unserer Hauptstadt allmählig zu dem beklemmenden Gefühl gekommen, daß es in London so unsicher sei als in den Abgründen. Wie ein süßer Trost klingt deshalb jetzt fast die Nachricht, daß der hochwürdige Herr, Rev. Mr. Speke, den man gräßlich ermordet wähnte, in einer abgelegenen Gde Cornwalls in der unheimlichen Hülle eines Viehstreuers, aber mit Ged wohl versehen, wohl und munter, auch anscheinend nicht verkränkt, entdeckt worden ist. Näheres ist noch nicht bekannt, doch glaubt man an eine weibliche Triebfeder.

* London, 25. Febr. Eine Beschreibung des abessinischen Landes von Hrn. G. R. Markham, Ehrensekretär der geographischen Gesellschaft, wurde gestern Abend in einer Versammlung dieses Vereins, auf dessen Kosten Markham reist, verlesen. Eine Reihe von Briefen, die bis zum 22. v. M. reichen, gibt eine Darstellung der physischen, ethnologischen und theilweise auch archäologischen Beschaffenheit des jenen Landstriches, den bisher die englischen Truppen durchzogen haben. Wir theilen daraus das Bedeutendere hier mit: Schon zu der Ptolemäer Zeiten war Annesley Bay der Landungs-

platz der griechischen Schiffe, die nach Arum über Senafsch und Salai Handel trieben. Noch zeigen Ruinen von Säulen und Mauern und Bruchstücke von Kapitälern das Vorhandensein der alten Handelsstadt: Abulis, die aber jetzt 4 engl Meilen weit von der Küste an den Ufern des Habas liegt. Eine reiche Ausbeute antiker Gegenstände dürfte Nachgrabungen lohnen. Dr. Lumsdaine hat umweit der Erdoberfläche eine bronzene Wage und einige Ketten zu Wageschalen gefunden.

Die See ist umweit des Ufers leicht, die Springfluth bedeckt oft ausgebreitete Theile des niedrig gelegenen Landes. Der Unterschied zwischen Ebbe und Fluth ist 4' 6". Vom Meere aus erscheint die Gegend, mit dem wellenförmigen Gebirge im Hintergrunde, als eine herrliche grüne Fläche; nach dem Landen aber wird man von der sandigen, mit einer Thonschichte bedeckten Ebene bitter enttäuscht. Die Einwohner sind eine schwarze Race mit wolligen Haar. Ihre Hütten liegen weit auseinander zerstreut, ihre Begräbnisplätze von großer Ausdehnung dienen einer weiten großen Landschaft. Ihre Art, die Toten zu begraben, ist eigenthümlich. Ein 6' tiefes Loch wird in die Erde gegraben, am Ende desselben eine Höhle ausgehöhlt, und in diese der Leichnam gelegt, sodann das Loch mit Steinen ausgefüllt und vor dem Steinhaufen eine Steinplatte als Denkmal aufgestellt. In Senafsch, das ungefähr 240 Einwohner zählt, bestehen die Häuser aus einer großen Halle, worin die Haushiere verwahrt werden, und welche an einer Seite eine Estrade hat, auf welcher die Diensteute und Gäste ihr Lager haben. Von hier führen zwei Eingänge in zwei kleinere Kammern, die eigentliche Wohnung der Familie. Senafsch ist der letzte Ort, wo Mohamedaner wohnen; darüber hinaus sind alle Einwohner der Provinz Schamazano Christen.

Der Boden ist von der See angefangen vulkanisch. Hart am Meer befindet sich ein ausgebrannter Vulkan mit einem Doppelkrater, 100' tief und 300' im Umfang. Bimsstein, Lavastücke und Schlacken bedecken die Ebene. Von Krasali an erscheint nach allen Seiten hin die vulkanische Aktion; die Ebene von Senafsch ist von Hügel, die auf vulkanischem Weg entstanden sind, umgeben; aber nach Westen hin breitet sich ein Amphitheater von Sandsteinhügeln aus, welche über die metamorphischen Felsen des Passes geschichtet sind. Die Flora des abessinischen Alpenlandes ist von höchstem Interesse und wechelt mit der Gestaltung des Bodens. Bis zur Höhe von 3000' herrscht die trockene tropische Küstenvegetation, die offenen hohen Thäler sind alles Baumwuchses bar. Nur auf geschützten Punkten in der Nähe der Dörfer kommt der Dabro und die Akazie vor.

Von 3000—6000' herrscht die Vegetation der subtropischen Zone. Von 6000' an, von der Hamaaschlucht bis zum Sowayra, der 9100' hoch liegt, mischt sich die indische Flora nach und nach mit der italienischen; Lovelia, Solanum, Frauenhaar kommen zum Vorschein und diese machen nachgerade dem Lavenel, dem Rhimian, dem Geißblatt, überhaupt einer Vegetation Platz, welche der englischen ähnlich ist. Der einzige Baum aber, der hier vorkommt, ist der Wachholder. Das Temperaturverhältniß entspricht dem vollkommenen, denn es sinkt des Nachts auf 45° F.

Für meteorologische Beobachtungen ist die Zeit eines Monats (so lange hatten sie erst gebauert) noch zu kurz. Während der trockenen Jahreszeit waren die Tage heiß, die Nächte kalt, beide heil, ohne daß am Himmel Wolken oder Dünste in der Luft wahrzunehmen waren. Im Mai beginnt die Regenzeit und dauert bis zum September. Die dünnen Felder verwandeln sich sodann in Sümpfe und die ausgetrockneten Flußbette in Ströme, doch läuft das Wasser rasch ab. Der vorherrschende Wind in Senafsch während des Dezembers und Januars war der östliche. Eine der seltenen Eigenthümlichkeiten des abessinischen Hügellandes ist, daß die Bisse sanfter abbachen, daher leichtere Zugänge gewähren, als dies sonst in Gebirgsgegenden der Fall zu sein pflegt.

— London, 26. Febr. Heute wurde Gustav Victor, wegen eines an der preussischen Gefandtschaft durch falsche Vorpiegelung angeleglicher Entstellungen eines hannoverschen Komplotts zur Ermordung des Königs von Preußen verübten Betrugs, zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

Nachschrift.

Berlin, 26. Febr. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde das Gesetz, betreffend das Auerzug der Zollvereins-Entlasten, angenommen, dagegen die Debatte über die Verträge mit den Salinen Halle und Lüneburg, behufs vorgängiger Information der Mitglieder des Hauses, auf Freitag vertagt; das Stempelsteuer-Gesetz für die Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden wurde angenommen. — Im Abgeordnetenhaus wird in fortgesetzter Sitzung der Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des durch das Anleihegesetz vom 28. Sept. 1866 eröffneten Kredits, ohne Diskussion angenommen. Der Antrag der heute erwählten Kommission zur Prüfung des Wahlbezirks-Gesetzes empfiehlt Herstellung eines Provisoriums bis zum 1. April 1869.

Wien, 26. Febr. Der „Neuen Fr. Presse“ zufolge wird die Session des Reichsraths am 6. April geschlossen werden.

London, 26. Febr. Der Lord-Kanzler Chelmsford hat seine Entlassung gegeben. Als Nachfolger Disraeli's im Schatzkanzler-Amt bezeichnet man Northcote oder Hunt. Dem Vernehmen nach sieht der Uebertritt Stanley's ins Oberhaus bevor.

Frankfurt, 27. Febr., 2 Uhr 24 Min. Nachmittags. Oeffentl. Kreditaktien 194 $\frac{1}{2}$, Staatsbahn-Aktien 263 $\frac{3}{4}$, National 56 $\frac{1}{2}$, Steuerfreie 51 $\frac{1}{2}$, 1860r Loose 73 $\frac{1}{2}$, Oeffentl. Saluta 102 $\frac{1}{2}$, 4 Proz. bad. Loose 98 $\frac{1}{2}$, Amerikaner 75 $\frac{1}{2}$, Gold 141.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

26. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr 28'	2,80"	+ 7,0	S.W.	ganz bew.	früh, frisch,
Mittags 2 "	2,39"	+ 11,0	stark "	sonnig.	Sonnenbl., mild,
Nachts 9 "	2,02"	+ 8,0	ganz "	trüb, kühl.	

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Freitag 28. Febr. 5. Abonnementskonzert des großh. Hoforchesters im großen Saal des Museums. Anfang 7 Uhr.

